

Statement von Propst Andreas Coersmeier zum Reinoldustag 2013

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Jörder,
sehr geehrte Herren Superintendenten,
verehrte Gäste aus den verschiedenen Bereichen unserer Stadt!
Danke, dass Sie unserer Einladung zum Reinoldustag 2013 gefolgt sind.

Manche Ereignisse bewegen uns, auch wenn wir als Kirche nicht direkt betroffen sind: Die WAZ-Mediengruppe gab in der vergangenen Woche die Schließung der Redaktion der Westfälischen Rundschau bekannt. Unser erster Gedanke und unser Mitgefühl gelten den 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Arbeitsplätze kurzfristig verlieren. Auch wenn es einen Sozialplan geben soll, stehen diese Mitarbeiter doch zunächst einmal vor dem plötzlichen Verlust ihres Arbeitsplatzes. Die betriebswirtschaftlichen Gründe einer solchen Entscheidung mögen nachvollziehbar sein, die Art, wie die Betroffenen vor vollendete Tatsachen gesetzt wurden sicher nicht.

Darüber hinaus bleibt ein solch drastischer Einschnitt bei einer großen traditionsreichen Zeitung nicht ohne Auswirkungen auf die Medienlandschaft in Dortmund. Die publizistische Vielfalt, eine der Grundlagen demokratischer Kultur, wird eingeschränkt, denn künftig werden die gedruckten Nachrichten und Meinungen nur noch aus einer Lokalredaktion kommen. Das Zeitungssterben in Deutschland hat Dortmund erreicht.

„Zusammenhalt herstellen und stärken“, das war im vergangenen Jahr das Motto beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Arbeit. Auch Zeitungen stellen den Zusammenhalt in einer Stadtgesellschaft her, indem sie für einen allgemeinen Informationsstand sorgen und an der öffentlichen Meinungsbildung mitwirken. Wenn es aber immer weniger Leserinnen und Leser gibt, ist das für mich auch ein Ausdruck von einem sich auflösenden Zusammenhalt. Denn offenbar scheint es schwerer zu werden mit Themen, die alle etwas angehen sollten auch alle zu erreichen. Daher ist es umso wichtiger, besonders bei den sozialen Herausforderungen in Dortmund den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Vielfach geschieht dies bereits, beispielsweise beim „Aktionsplan soziale Stadt“. In zahlreichen Beratungsstellen, Initiativen, Verbänden wird für und mit armen Menschen gearbeitet um ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Dennoch sind rund 90.000 Menschen in Dortmund nach dem Sozialbericht NRW ganz oder teilweise auf Sozialleistungen angewiesen. Armut in Deutschland, das bedeutet eine problematische Lebenslage im Bezug auf Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Wohnen und fehlender Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Einer der wesentlichen Gründe dieser Armut ist Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit.

Gerade Langzeitarbeitslose brauchen eine unabhängige Anlaufstelle, wie das Dortmunder Arbeitslosenzentrum. Zwischenzeitlich war diese Einrichtung von der Schließung bedroht. Ich bin sehr froh, dass das Arbeitslosenzentrum erhalten bleibt. Darüber hinaus freue ich mich, dass Eberhard Weber das Amt des Vorsitzenden übernommen hat. Mit einem so erfahrenen Gewerkschaftler an der Spitze hat das Arbeitslosenzentrum die Stimme die es braucht, um in Politik und Gesellschaft Gehör zu finden.

Armutsbeseitigung sowie die Schaffung von Möglichkeiten zur Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe müssen eine vorrangige politische Aufgabe bleiben. Bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist aber auch die Wirtschaft gefragt. Zur Bekämpfung der Armut übernehmen die kirchlichen Dienste und Träger bereits vielfältige Aufgaben. Oft werden sie dabei unterstützt durch das zusätzliche Engagement von Ehrenamtlichen. Finanzielle Planungssicherheit ist für diese Arbeit entscheidend. Ich hoffe daher, dass es auch ab 2014 eine langfristige und ausreichende Finanzierungszusage für die Dienste von Diakonie und Caritas geben kann, wenn im

Dezember dieses Jahres der entsprechende 5-Jahres-Vertrag ausläuft. Die Arbeit der freien Träger für die soziale Stadt braucht eine verlässliche finanzielle Grundlage. Das gilt ebenso für den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. Auch hier beteiligen sich die freien Träger, wie Diakonie, Caritas, die Kita-gGmbH sowie die Kirchengemeinden. Wer langfristige Mietverträge unterzeichnet oder Mitarbeiter einstellt, benötigt verlässliche Finanzierungszusagen.

Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und der zum 1. August wirksam werdende Rechtsanspruch bewegen die politische und die fachliche Diskussion. Wir sind uns mit der Stadt Dortmund einig, dass es dabei vorrangig um die Qualität der Betreuung gehen muss und die fachlichen Standards nicht reduziert werden dürfen.

Bei der Betreuung von Kindern kann es nicht nur darum gehen, schnell den Rechtsanspruch der Eltern zu erfüllen egal zu welchem Standard. Die Tageseinrichtungen für Kinder sind ein wichtiger Ort an dem sich Bildungsbenachteiligungen abbauen lassen. Gruppengrößen, Räumlichkeiten und die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen dazu bestimmten Standards entsprechen.

Die Caritas in Deutschland hat in diesem Jahr das Thema Familie in den Mittelpunkt ihrer Jahreskampagne gestellt. Die Evangelische Landeskirche Westfalen führt bis zur Landessynode im Herbst zu dem Thema einen innerkirchlichen Beratungsprozess in allen westfälischen Gemeinden durch.

Hier geht es nicht darum, das Familienleben zu idealisieren, sondern die vielfältigen Belastungen, die Familien managen müssen aufzuzeigen und darzustellen, wo Unterstützungen möglich sind. „Familie schaffen wir nur gemeinsam“, heißt das Motto der Caritas Jahreskampagne. Es weist darauf hin, dass das Gelingen des Zusammenlebens nicht allein Aufgabe der Familien sein kann. Familien haben eigenständige Ressourcen und Kompetenzen. Diese gilt es auszubauen und zu unterstützen, nicht aber zu ersetzen. Besonders Familien in schwierigen Situationen benötigen nicht nur Geld sondern auch Zeit, Aufmerksamkeit und Rat.

Die evangelischen und die katholischen Gemeinden in Dortmund werden das Thema in diesem Jahr noch weiter aufgreifen und vertiefen.

Ähnlich aktuell und zum Teil problematisch ist das Themenfeld „Inklusion“, also in der Praxis das gemeinsame Lernen, Leben und Arbeiten von Menschen mit und ohne Behinderung. Inklusion ist ein grundlegendes Menschenrecht, besonders aus christlicher Sicht. Die Umsetzung von Inklusion geschieht aber nicht von allein und auch nicht zum Nulltarif. Obwohl in Dortmund Inklusion vor allem im schulischen Bereich vergleichsweise weit ist, bleibt die Umsetzung allgemein noch mehr Ziel als Wirklichkeit. An der Beratung darüber werden sich die kirchlichen Einrichtungen und Dienste intensiv beteiligen.

Inklusion hat auch etwas mit Toleranz zu tun, dem Thema, das uns gerade im Gottesdienst beschäftigt hat. Toleranz bedeutet das Anderssein zu akzeptieren, zu respektieren und sich nicht selbst zum Mittelpunkt der Dinge zu machen. Es ist gut, dass die Evangelische Kirche Toleranz zu ihrem Jahresthema gemacht hat, wir haben es eben in der Predigt gehört.

Toleranz darf aber nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Intoleranz zu tolerieren wäre widersinnig. Damit spreche ich das Problem des ‚Rechtsradikalismus‘ an, das uns leider wohl auch in diesem Jahr weiter beschäftigen wird. Hier gilt es, nicht nachzulassen im Protest gegen die Nazis. Diese haben sich nach einem Verbot ihres Vereins „Nationaler Widerstand Dortmund“ schnell wieder in einer neuen Partei organisiert. Die Kirchen engagieren sich seit vielen Jahren gemeinsam mit zahlreichen anderen gesellschaftlichen Gruppen gegen Rechtsradikalismus in Dortmund. Die gute Zusammenarbeit im Arbeitskreis Rechtsradikalismus und am Runden Tisch des Oberbürgermeisters soll fortgesetzt werden.

Es war richtig von der Stadt, das Haus an der Rheinischen Straße zu kaufen und den rechtsradikalen Mietern zu kündigen. Jetzt geht es darum zu verhindern, dass Nazis in

anderen Stadtbezirken, wie etwa in Dortmund Huckarde Fuß fassen können. Die Huckarder haben die Unterstützung der gesamten Stadtgesellschaft gegen das rechte Treiben verdient, ebenso wie die Dorstfelder.

Darüber hinaus sollte genau hingeschaut werden, mit welchen Themen Rechtsradikale um Anhänger werben. Gibt es beispielsweise sozialpolitische Fragestellungen, die von Kirchen, Gewerkschaften und demokratischen Parteien möglicherweise nicht ausreichend besetzt und behandelt werden? Es darf nicht sein, dass sich Rechtsradikale als scheinbare Problemlöser präsentieren können.

Ebenso wichtig, wie der Protest gegen die Nazis, ist die Solidarität und Hilfe für jene, die von ihnen bedrängt oder angegriffen werden. Hier leistet die Beratungsstelle „BackUp“ wichtige Arbeit, die den Rückhalt und die Unterstützung durch die Dortmunder Stadtgesellschaft weiterhin braucht.

Eine sachliche Diskussion ist bei einem anderen Thema zwingend notwendig: Der geplanten Forensik in Lünen an der Stadtgrenze zu Dortmund. Wie schon vor elf Jahren in Dortmund, spricht sich die evangelische und die katholische Kirche eindeutig für die Therapie psychisch kranker Straftäter aus und wirbt für eine sachliche Diskussion bei der Standortfrage. Der in Lünen gebildeten Plattform „Mut zur Verantwortung“ gehören Vertreter unserer beiden Kirchen an. Der Kreis möchte über das Thema Forensik informieren und Ängste abbauen. Das ist ein richtiger Weg in einer zuweilen unsachlichen Diskussion.

Meine Damen und Herren, ich habe einige Themenfelder angesprochen, bei denen die Kirchen, die Stadt und weitere Partner gemeinsam an Problemlösungen arbeiten. In der nun folgenden Begegnung lässt sich sicher das ein oder andere Thema noch vertiefen. Für die gute Zusammenarbeit in vielen Bereichen sage ich herzlich „Danke!“ und freue mich auf die Fortsetzung in diesem Jahr!

Vielen Dank!

ca. 10 Minuten